

KOMMENTAR

»EUROPA MUSS NEU ERFUNDEN WERDEN«

Von Heino Wiese

Angefangen hat alles mit der Finanz- und Bankenkrise, von der sich vor allem Südeuropa bis heute nicht erholt hat. Dann kam die Griechenlandkrise, bei der die starken Länder versäumt haben, wirklich zu helfen und sich sogar an dem Elend der Griechen noch bereichert haben. Die gezahlten Milliardenhilfen sind ja nicht – wie behauptet – bei den notleidenden Griechen angekommen, sondern haben nur die Banken und Kapitalgeber vor Verlusten geschützt.

Herr Draghi und die EZB führten die Null-Zins-Politik ein und finanzierten so die Verluste der Staatshaushalte auf Kosten der kleinen Sparer. Dann kam die Flüchtlingskrise, wo sich auf einmal die anderen EU-Staaten nicht mehr von Frau Merkel gängeln ließen und Deutschland stand plötzlich alleine da. Die anschließende Mogelpackung, dass die Türken die Flüchtlinge nicht mehr nach Europa durchreisen lassen sollten und dafür Milliarden von den EU-Ländern kassierten, führte zu einem weiteren erheblichen Vertrauensverlust der Bürger.

Der unerwartete Brexit der Briten folgte und dann noch das verlorene Italien-Referendum, eine Regierung in Spanien ohne eigene Mehrheit und die Regierungen in Frankreich und den Niederlanden wackeln deutlich und müssen sich vor den Rechtspopulisten und Europagegnern fürchten.

Krise nach Krise, Schock nach Schock. Für die Europäer ist der Krisenmodus im vergangenen Jahrzehnt zur Normalität geworden. Der Eindruck, dass Europa zerfällt verfestigt sich. Auch in Deutschland steigt die Zahl der Europagegner kontinuierlich und zersetzt das Vertrauen in die regierenden Parteien. Ohne starke Positionen in Frankreich und Deutschland würde die fundamentale Achse des europäischen Projekts wegbrechen. Was bleibt noch von der Vision des geeinten Europas?

Die wertorientierte Außenpolitik des Westens erweist sich als Bumerang, wenn man den Maßstäben der Vereinigten Staaten und eines Präsidenten Trump folgen will. Schon unter Bush und Obama waren diese Werte deutlich in Misskredit geraten. Rassismus, der völkerrechtswidrige Krieg im Irak, die ungebremste Macht der Waffenlobby, die privatisierten Gefängnisse und die weitere Verelendung der armen Schichten in den USA bei immer reicher werdenden Superreichen nährt Zweifel an der Vorbildfunktion. All das bei anhaltenden Beschwörungen des gerechten, richtigen alternativlosen Kurses von Politik und Mainstreammedien schüren Protest und Wut. Und wenn wir nicht aufpassen macht uns das die Demokratie kaputt.

Dazu kommt ein Europaparlament, dessen Hauptbedeutung im Verfassen von Resolutionen zu liegen scheint und eine Unzahl von skurrilen EU-Kommissaren die unseren Alltag immer mehr regulieren wollen und uns damit gehörig auf die Nerven gehen. Ich denke man sollte Europa neu erfinden. Meine Vorschläge dazu wären:

1. Freizügigkeit im Inneren und konsequente Sicherung der Grenzen nach außen. Dabei dürfen sich Länder wie Deutschland keinen schlanken Fuß ((à la Dublin II) machen, sondern müssen solidarisch dabei sein und die Sicherung der Außengrenzen unterstützen.
2. Eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik.
3. Eine gemeinsame Finanz-, Wirtschafts-, und Steuerpolitik und ein solidarischer Finanzausgleich nach Vorbild der deutschen Bund-Länder-Regelung.
4. Eine gemeinsame Amtssprache.
5. Abbau der Bürokratie und damit verbunden Halbierung der Anzahl der Kommissare und Abbau der Regulierungswut, dabei landestypische Unterschiede zulassen.
6. Partnerschaftliche Beziehungen zu Russland, Türkei, Weißrussland und Ukraine.

Das europäische Projekt zu retten, ist ein Kraftakt, der von allen Mitgliedsstaaten mit Überzeugung getragen werden muss - die Anstrengung lohnt sich allerdings, um langfristig Frieden, Wohlstand und Entwicklung gewährleisten zu können.



EINE MILLARDE FÜR DIGITALE WIRTSCHAFT

Deutschland und Frankreich planen einen Fonds in Höhe von einer Milliarde Euro für die Weiterentwicklung der Digitalwirtschaft und Startups in Europa. Der französische Finanzminister Michel Sapin betonte auf der Deutsch-Französischen Digitalkonferenz: "Europa muss wieder Herr der Zukunftstechnologien werden". Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel stimmte zu und plädierte für einen flächendeckenden Netzausbau mit Glasfaserkabel, um international konkurrenzfähig zu sein: "Unter der weltbesten Infrastruktur darf es Europa nicht machen". Deutschland hinkt tatsächlich hinterher: nur 1,5% beziehen ihren Internetzugang durch einen Glasfaseranschluss. In Japan sind es 73,3%.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-Id.Nr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. – Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

EINE BESINNLICHE WEIHNACHTSZEIT -
IN EIGENER SACHE

Liebe Leserinnen und Leser des Hauptstadt Insiders,

ein politisch turbulentes und emotionales Jahr neigt sich dem Ende. Was zu Beginn von 2016 undenkbar schien - der Brexit und die Präsidentschaft des Immobilienmillionärs Donald Trump - ist tatsächlich eingetroffen und hat viele Bürger, aber auch Politiker wachgerüttelt.

Die gefühlte - und das scheint heutzutage entscheidend - Sicherheitslage nach

den islamistischen Terroranschlägen in Nizza und Brüssel sowie die vereitelten Angriffe in Deutschland haben die Gesellschaften infolge eines dauerhaften Krisenzustands zerrüttet. Auch in anderen Teilen der Welt wie der Türkei, dem Irak, Pakistan oder Nigeria hat Gewalt tiefe Zäsuren hinterlassen.

Wird der Syrienkrieg endlich enden? Werden die Rechtspopulisten weitere Stimmen gewinnen? Welche Regierungsoptionen ergeben sich nach der Bundestagswahl?

In der Tat wird auch 2017 ein spannendes Jahr. Aber bevor neue Herausforderungen zukommen, wünscht Ihnen die Redaktion des Hauptstadt Insiders eine friedliche und besinnliche Weihnachtszeit und verabschiedet sich in die Weihnachtspause.

Mögen Sie einen Augenblick der Rast und Reflexion finden, neue Kraft tanken und mit Zuversicht gesund in das neue Jahr starten!

Die nächste Ausgabe des Hauptstadt Insiders erscheint am 5. Januar 2017.

EXXONMOBIL-CHEF TILLERSON SOLL AUSSENMINISTER DER USA WERDEN

Donald Trump hat eines der wichtigsten Ämter im Kabinett bestimmt: der Exxon-Mobil-Chef Rex Tillerson soll Secretary of State, also Außenminister, werden.

Die Reaktionen auf Trumps Wahl sind gemischt - Trump und seine Anhänger betonen, dass die jahrzehntelange Erfahrung in einem Großkonzern ein wesentlicher Vorteil bei der Abwägung diplomatischer Interessen sei.

Kritik wurde ebenfalls laut - die Trennung der unternehmerischen und politischen Interessen sei nicht gewährleistet, zudem ist Tillerson mit dem russischen Präsidenten

Wladimir Putin befreundet. Beide hatten Pläne zur Erschließung der fossilen Ressourcen im Gebiet der Arktis, Tillerson unterschrieb einen Joint-Venture-Vertrag, um durch dieses Projekt ExxonMobil zu stärken, doch wegen der im Zuge der Ukraine-Krise verhängten Sanktionen gegen Russland, kam die Kooperation ins Stocken.

Mit Tillerson holt Trump eine zweite Figur aus dem Bereich der fossilen Energie ins Kabinett. Scott Pruitt, der sich für konventionelle Energiegewinnung und den Erhalt der Kohleförderung einsetzt, wurde als Umweltminister vorgeschlagen.

ENTTÄUSCHUNG FÜR UEKERMANN

Juso-Chefin Johanna Uekermann hat kaum realistische Chancen auf einen Einzug in den Bundestag im kommenden Jahr.

Die BayernSPD hat sie auf den aussichtslosen Platz 26 gesetzt, 2013 zogen 22 Abgeordnete aus dem Bundesland nach Berlin. Die 29-Jährige verlor gleich zwei Kampfabstimmungen um Platz 22 und 24, zeigte sich sichtlich enttäuscht und kritisierte den "Regionalproporz".

Aus Juso-Kreisen wurde deutlicher Unmut

darüber geäußert, wie junge politische Talente in der SPD verschleifen würde.

Uekermann hatte nach dem Angriff auf Sigmar Gabriel im Rahmen des Bundestagsparteitags im vergangenen Jahr Unbehagen bei den Genossen hervorgerufen und verstimmte Deligierte mit der Ansage, sich auf den sicheren Platz 4 auf der Landesliste bewerben zu wollen. Diese Ansage zog Uekermann infolge der negativen Reaktionen zurück.

UNDURCHSICHTIGE EVAKUATION IN ALEPPO

Nachdem ein Großteil von Ost-Aleppo von syrischen Regimetreuppen und dem russischen Militär besetzt wurde, gestalten sich die Evakuationsmaßnahmen für Zivilisten undurchsichtig. Am Mittwochvormittag meldete die russische Armee, dass die

"Befreiungseinsätze verlängert" worden seien. Die 100.000 Zivilisten sind dabei auf einer Fläche von fünf Quadratkilometern weiterhin eingekesselt. Die russische Nachrichtenagentur meldete die Evakuierung von 6000 Menschen seit Dienstagfrüh.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

MONSANTO-ÜBERNAHME: ZUSAGE DURCH AKTIONÄRE

Nach einer Korrektur nach oben um 44 Prozent zum ersten schriftlichen Angebot des Konzerns Bayer, sind die Monsanto-Eigentümer überzeugt. Am Dienstag stimmten 99 Prozent der Beteiligten für die Übernahme durch das Leverkusener Unternehmen. Die Übernahmesumme beläuft sich somit auf 66 Milliarden Euro.

Für Bayer geht es bei der Übernahme um Konkurrenzfähigkeit, vor allem mit chinesischen Unternehmen, im Bereich der Agro-

chemie. Mit Hinblick auf die prognostizierte Entwicklung der Weltbevölkerung wird die Lebensmittelindustrie aller Voraussicht nach ein profitables Geschäft. Saatgut und Pflanzenschutzmittel sind dafür eine Grundbedingung.

Bayer-Chef Werner Baumann will den Deal bis Ende 2017 realisieren. Als nächste große Hürde steht die Aufsichtsbehörde, die ihre Entscheidung erst nach langer Analyse veröffentlichen wird.

MEHR WETTBEWERB IM BAHNVERKEHR

Das Europäische Parlament stimmte der Öffnung des Bahnverkehrs zu. Damit sollen europaweite Ausschreibungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ermöglicht werden. Für Passagiere könnte dies zu effizienteren und komfortableren Angeboten führen.

Unternehmen wie die Deutsche Bahn könnten sich im Umkehrschluss der Liberalisierung besser auf dem europäischen Markt profilieren.

Linke, Grüne und Sozialdemokraten kri-

tisierten allerdings ein entscheidendes Manko am Beschluss in Straßburg: gegenwärtig sind die Arbeitnehmerrechte des Personals nicht geklärt. Ob es im Falle von Übernahmen von Aufträgen durch ein neues Unternehmen gewährleistet werden kann, dass das Personal ebenfalls weiterhin beschäftigt wird, bleibt unklar. Ebenfalls bleibt offen, ob durch die internationalen Unterschiede in der Entlohnung zusätzlicher Druck auf Arbeitnehmer entstehen könnte.

EINIGUNG ZWISCHEN OMV UND GAZPROM

Anteile in der Nordsee gegen Öl- und Gasfelder in Westsibirien. Der österreichische Ölkonzern OMV und das russische Erdgasförderunternehmen Gazprom haben ein Tauschgeschäft abgewickelt.

Konkret geht es um 24,5% zweier Förderungsblöcke im westsibirischen Urengoi und einer 38,5-prozentigen Beteiligung an der Norwegischen OMV-Tochter Norge. Zusätzliche Gelder seien bei diesem Tauschgeschäft nicht geflossen. Aus der Vereinbarung profitieren beide Seiten:

OMV plant bereits ab 2019 auf dem russischen Gebiet bis zu 80.000 Barrel pro Tag zu fördern und sich damit zu stabilisieren, Gazprom kann als weltweit größter Erdgaskonzern seine Strategie weiterhin verfolgen und sich dem europäischen Markt nähern. In diesem Zusammenhang dürfte Gazprom klares Interesse daran haben, dass die Öl- und Erdgaspreise wieder steigen, um ein Minusgeschäft zu verhindern. Die Förderkosten in der Nordsee liegen nämlich bei 40 bis 50 Dollar pro Barrel.

BUNTES AUS BERLIN

WEIHNACHTSKONZERT IM BERLINER DOM

Am 25. Dezember findet im Berliner Dom ab 20 Uhr ein festliches Konzert statt. Besinnliche Stücke von Bach und Händel werden vom Blechbläserensemble Lars Ranch gespielt. Ebenfalls treten Andrea Chudak,

Sopranistin von der Deutschen Oper Berlin sowie Domorganist Andreas Sieling auf. Die Karten kosten zwischen neun und 32 Euro und sind online sowie an der Konzertkasse im Dom erhältlich.

PERSONALIEN

ROTH UND HOFREITER SIND SPITZENKANDIDATEN DER GRÜNEN BAYERN

Claudia Roth (61) und Anton Hofreiter (46) sind am 9. Dezember zu Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2017 der Grünen in Bayern gewählt worden. Mit 91,5 Prozent wurde Roth auf Platz 1 der Landesliste gewählt. Hofreiter erhielt mit 88,5 Prozent den zweiten Listenplatz. Insgesamt wurden 52 Listenplätze vergeben.

FISCHER IST STAATSEKRETÄR IN DER BERLINER SENATSVERWALTUNG FÜR ARBEIT

Der frühere Thüringer Regierungssprecher Alexander Fischer (42) ist neuer Staatssekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Integration. Unter Senatorin Elke Breitenbach (Linke) ist er für die Bereiche Arbeit und Soziales zuständig.

LEWENTZ ALS VORSITZENDER DER SPD RHEINLAND-PFALZ BESTÄTIGT

Roger Lewentz (52) ist am 10. Dezember auf dem Landesparteitag der SPD Rheinland-Pfalz in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden. Er erhielt 88 Prozent der Stimmen. Als Stellvertreter wurden Doris Ahnen, Hendrik Hering und Alexander Schweitzer wiedergewählt. Zum neuen Generalsekretär wurde Dieter Feid gewählt.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

FRIEDLICHE DEMONSTRATION VOR DER CHINESISCHEN BOTSCHAFT

350 Schüler des Rhein-Maas-Berufskollegs im niederrheinischen Kempen waren am vergangenen Samstag nach Berlin angereist, um vor der chinesischen Botschaft friedlich zu demonstrieren.

Die jungen Aktivisten haben sich anlässlich des Tages der Menschenrechte versammelt, um ein Zeichen für die Freilassung des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaoba zu setzen. Der Schriftsteller und Systemkritiker wurde zu elf Jahren Haft verurteilt und konnte 2010 den Literaturnobelpreis nicht persönlich entgegennehmen.

Das Berufskolleg organisierte den Protest bereits zum siebten Mal und wurde am Samstag vom Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Markus Dröge, unterstützt.

Als symbolisches Zeichen stellten die Schüler einen übergroßen Stuhl auf, um die Abwesenheit des Autors zu zeigen und lasen Texte von Liu Xiaoba und seiner ebenfalls unter Hausarrest stehenden Frau Liu Xia vor.

WORTE DER WOCHE

»Ich habe wenig Verständnis für die Maut-Maulerei. Vor allem dann nicht, wenn sie aus Österreich kommt.«

Verkehrsminister Alexander Dobrindt über Beschwerden aus Österreich zur Einführung der PKW-Maut für Ausländer..

»Ich mag Generäle. Ich denke, dass Generäle fantastisch sind. Sie durchlaufen Schulen und stehen dann am Ende an so etwas wie der Spitze der Pyramide. Und es ist wie ein Test. Sie haben den Lebenstest bestanden.«

Donald Trump, designierter US-Präsident, über seine Entscheidung mehrere ehemalige Generäle ins Kabinett zu berufen..

»Es lohnt sich vor allem wegen der Menschen, mit dem Land im Gespräch zu bleiben.«

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hält eine österreichische Blockade der EU-Türkei-Beitrittsgespräche für falsch..

»Wir sind in jedem Augenblick bereit. Von unserer Seite gibt es keine Probleme.«

Wladimir Putin, russischer Präsident, ist zu einem Treffen mit dem designierten US-Präsidenten Donald Trump bereit..

»Meine Beziehung zu Wladimir Putin reicht mittlerweile fast 15 Jahre zurück, ich kenne ihn seit 1999 und wir stehen einander sehr nahe.«

Rex Tillerson, der designierte Außenminister der USA, über seine Beziehung zu Wladimir Putin..

»Wir erwarten, dass dieser Pragmatismus eine Grundlage sein wird, um eine Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen aufzubauen.«

Der russische Außenminister Sergej Lawrow über die Perspektiven der US-amerikanisch-russischen Zusammenarbeit..

TERMINE

19.12. BBAW ZU DEN PFLICHTEN VON STAATEN GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN

Gesprächsveranstaltung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) zum Thema „Justice, State, Migration“, u.a. mit dem Professor für Politik am Nuffield College in Oxford David Miller und dem Professor für Philosophie und politische Theorie an der LMU München Julian Nida-Rümelin Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Markgrafenstraße 38, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

19.12. EU-FRÜHSTÜCK DER EBD ZUM EUROPÄISCHEN RAT

Frühstücksveranstaltung der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) zum Europäischen Rat am 15. Dezember, u.a. mit der Geschäftsführerin und Abteilungsleiterin Europäische Union und Internationale Sozialpolitik bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Renate Hornung-Draus, dem Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt Martin Kotthaus und der Leiterin der Europaabteilung im Bundeswirtschaftsministerium Claudia Dörr-Voß Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Breite Straße 29, 10178 Berlin (Anmeldung erforderlich)

10.1. UNTER 3 VON SITZUNGSWOCHE MIT AYDAN ÖZOGUZ

Hintergrundgespräch mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Aydan Özoguz von sitzungwoche, u.a. mit der Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung bei der Konrad Adenauer Stiftung Dr. Viola Neu und der Geschäftsführenden Gesellschafterin von Rozok Communication Martina Rozok Dunhill-Lounge, Unter den Linden 42/ Neustädtische Kirchstraße, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)